

Vom Bürgermeister enttäuscht

BI kritisiert Gnarrenburger SPD für Beschluss über Torfabbaugesamt – „Verantwortungsloser Schnellschuss“

GNARRENBURG. Mit scharfer Kritik an der Gnarrenburger SPD-Fraktion und an Bürgermeister Axel Renken (SPD) reagiert die „Bürgerinitiative zum Erhalt unserer Moore und für die Zukunft unserer Dörfer“ (BI) auf die jüngste Entscheidung des Gnarrenburger Gemeinderates in Sachen Moor. Wie berichtet, hat der Rat am Montag ein integriertes Gebiets-Entwicklungs-Konzept (IGEK) beschlossen, das unter anderem ein 200 Hektar großes Torfabbaugesamt vorsieht (BZ berichtete). „Das ist ein verantwortungsloser Schnellschuss zu Lasten der Bevölkerung“, meint BI-Sprecherin Kerstin Klabunde.

„Viele Bürgerinnen und Bürger, die ‚Bürgerinitiative zum Erhalt unserer Moore und für die Zukunft unserer Dörfer‘ sowie Vertreter von Landvolk, Politik und Verwaltung steckten in den vergangenen Monaten große Energie in die Realisierung einer einzigartigen Modellregion im Gnarrenburger Moor. Die Planungen sehen freiwillige Beiträge aus der Landwirtschaft ebenso vor wie eine erhebliche finanzielle Förderung durch das Land Niedersachsen“, heißt es in einer BI-Mitteilung.

» Die Ratsmitglieder hörten erst zwölf Tage vor der Sitzung zum ersten Mal mündlich von den Vorstellungen des Bürgermeisters, ein 200 Hektar großes Torfabbaugesamt neu auszuweisen. Die Zeit war viel zu knapp, um sich ein umfassendes Meinungsbild zu machen. «



Foto: bz

Kerstin Klabunde, Sprecherin der „Bürgerinitiative zum Erhalt unserer Moore und für die Zukunft unserer Dörfer“



Bereits in der jüngsten Ratssitzung deutete sich auf den Zuschauerplätzen der Gegenwind gegen den Beschluss über das Integrierte Gebiets-Entwicklungs-Konzept (IGEK) an. Jetzt richtet die BI scharfe Vorwürfe gegen die SPD-Fraktion und Bürgermeister Axel Renken (SPD).

Foto: Schmidt

„Fruchtbare Gespräche“

„Wie man hört, gab es in den letzten Wochen sogar fruchtbare Gespräche zwischen Torfindustrie, Landvolk und BI.“ Von einer kompromisslosen Haltung der BI in Sachen Torfabbau könne also keine Rede sein, betont Klabunde. „Mit dem Ratsbeschluss vom Montag machten Gnarrenburgs Bürgermeister Axel Renken und die SPD nun jedoch den Weg frei für einen weiteren großflächigen Torfabbau in der Gemeinde Gnarrenburg“, kritisiert die BI. Betroffen von diesen weitreichenden Planungen seien die Ortschaften Augustendorf, Langenhäuser, Barkhäuser, Klenkendorf, Fahrendorf und Forstort-Anfang – „und das ohne eine vorherige Beteiligung des zuständigen Fachausschusses und ohne eine Beteiligung der Öffentlichkeit“, betont Klabunde, die „entsetzt“ auf die jüngste Entwicklung im Rathaus reagiert: „Das ist ein verantwortungsloser Schnellschuss zu Lasten der Bevölkerung. Die Ratsmitglieder hörten erst zwölf Tage vor der Sitzung zum ersten Mal mündlich von den Vorstellungen des Bürgermeisters, ein 200 Hektar großes Torfabbaugesamt an diesen Stellen neu auszuweisen. Die Zeit war viel zu knapp, um sich ein umfassendes

Meinungsbild zu machen. Alternativen wurden nicht vorgestellt. Da wurde künstlich Entscheidungsdruck aufgebaut.“ Klabunde ist sicher, dass die Konsequenzen des Beschlusses nicht ausreichend bedacht und diskutiert werden konnten.

„Folgen für Bevölkerung“

„Die Folgen einer solchen Ausweisung hat die Bevölkerung zu tragen. Die Auswirkungen auf die Lebensqualität in den angrenzenden Dörfern, die Natur und Landschaft wurden in der Sitzung nicht einmal angesprochen. Der Kampf um die Flächen wird vor allem die landwirtschaftlichen Familienbetriebe treffen, auch dies spielte in der Diskussion leider überhaupt keine Rolle.“ Klabunde kritisiert am Zeitpunkt der Beschlussfassung auch die Nähe zur Kommunalwahl am 11. September: „Es drängt sich der Eindruck auf, dass die SPD kurz vor den Wahlen noch schnell Fakten schaffen will.“

Klenkendorfs Ortsvorsteher Johann Steffens, der bei der Ratssitzung urlaubsbedingt abwesend war, ist „von der plötzlichen Wendung des Bürgermeisters“ (Steffens) enttäuscht. „Er hat bis vor kurzem die BI unterstützt. Wir hätten die Chance gehabt, ein gemeinsames, einstimmiges

Signal nach Hannover zu senden. Dafür braucht es aber Zusammenarbeit und Auseinandersetzung. Und jetzt gab es eine Kampfabstimmung, weil nicht mal eine Vertagung um acht Wochen von der SPD gewollt war.“

Wahlkampfthema Torffabbau

Dabei sei der Rat in Gnarrenburg nicht die letzte Instanz in Sachen Torffabbau. Die letzte Entscheidung über die Ausweisung von Torffabbaugebieten trifft der Kreistag bei der Neufassung des Raumordnungsprogrammes (RROP). Die steht aber erst im kommenden Jahr nach der Kommunalwahl an.

„Die Bürgerinnen und Bürger sollten sich nicht das Recht nehmen lassen, über die Zukunftsentwicklung ihrer Heimat selbst zu entscheiden“, heißt es weiter in der Mitteilung der BI.

Die Sprecherin der BI, Kerstin Klabunde, ist Kreistagskandidatin für die Gnarrenburger CDU (BZ berichtete). Klabunde kündigte an, sich gegen „die unausgewogene Ausweisung der Torffabbaugebiete und für das Modellprojekt als Einstieg in eine positive Zukunftsgestaltung“ der Gemeinde einzusetzen. „Die ländliche Bevölkerung muss endlich mehr Gehör finden“, so die BI-Sprecherin aus Augustendorf. (bz)